

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kippinghans, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4195



Adress für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckerschrift: Copeland

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abdringung beiderseits 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 1. März 1934

Bebel und die Parteieinheit.

Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Im Zusammenhang mit den unerfreulichen Ereignissen in der Partei, die zum Ausschluss von einigen Abgeordneten und zu einer "Spaltung" in den Organisationen führten, hat hier und da ein Kritiker von jener Sorte, die an der Sozialdemokratie kein gutes Haar zu lassen pflegt, auf die ungehinderten, leidenschaftlichen Meinungskämpfe in unserer Bewegung vor dem Weltkrieg hingewiesen; der Name August Bebel trat dabei vielen ausgesprochen oder unausgesprochen auf die Lippen. Nun lässt sich, namentlich was die Voraussetzungen für die taktische Haltung der Partei angeht, das wilhelminische Kaiserreich kaum mit der deutschen Republik vergleichen. Bebel, mit dessen Tod 1913 das erste Halbjahrhundert sozialdemokratischer Entwicklung unwiderruflich abschloss, hat zeitlebens den der breiten Volksmasse feindlichen Staat vor Augen, in dem noch dem letzten Nachtwächter und Gemeindegewaltigen verwehrt war, zur Partei der Arbeiterklasse zu gehören; welche gewaltige Heiterkeit weckte es auf dem Magdeburger Parteitag, als er den badischen Budgetbewilligern die Auffassung nachsagte, in zehn Jahren werde jeder Beamte Sozialdemokrat sein dürfen. Das erschien 1910 als Utopie, als Märchen, als Phantasie!

Auf der anderen Seite wirkte Bebel nach dem Fall des Ausnahmegesetzes, das heisst: in dem Vierteljahrhundert, in dem er zu seiner eigentlichen geschichtlichen Grösse heranwuchs, unter sozusagen normalen politischen Verhältnissen. Die Entscheidungen der nachgerade zahlenmässig mächtigsten Partei des Reichs waren für die Entwicklung Deutschlands ohne Zweifel sehr bedeutungsvoll, aber eine unmittelbare Katastrophe konnte durch ihr parlamentarisches Ja oder Nein weder vermieden noch heraufbeschworen werden; eine Lage, wie die heute, in der ein taktisch falscher Beschluss der Sozialdemokratie sofort eine Lawine unabsehbarster Folgen für die Nation zu entfesseln vermag, hat Bebel nie erlebt. Gleichwohl war er nie lässig, nie lau, wurde er zum Eiferer und Fanatiker, wenn er das Höchste bedroht glaubte: die Einheit und Geschlossenheit der Partei. "Ohne Einheit der Grundsätze und Ueberzeugungen", schloss er auf dem Dresdner Parteitag seine aufwühlende Rede, "ohne Einheit der Ziele keine Einigkeit und keine Begeisterung für den Kampf, keine Möglichkeit, die Regimenter, Brigaden und Armeekorps ins Gefecht zu bringen, in die Schlacht zu führen und Siege zu erfechten".

Freilich winkte er entschieden ab, wenn die Möglichkeit auftauchte, dass dieser Einheit und Geschlossenheit der Partei die Meinungsfreiheit zum Opfer gebracht werden sollte. Gegensätze zu verkleistern und zu vertuschen war nicht sein Fall, und dass in einer Riesenpartei Widerspruch sich an Widerspruch rieb dünkte ihn ein Zeichen der Kraft und Gesundheit; nichts verderblicher für eine Massenbewegung als die vorgetäuschte äussere Einheit der Katholikentage. Dass in Fragen der Taktik nicht alle Parteigenossen unter einen Hut zu bringen waren, schien ihm sehr erklärlich. "Die Frage nach der besten Taktik", führte er in der "Neuen Zeit" vor dem Erfurter Parteitag aus, "ist nicht für immer zu entscheiden, weil sie nicht von dem Willen der Partei, sondern ganz wesent-

lich von dem Verhalten und der Macht der Gegner beeinflusst wird. Solange ich dem Gegner gegenüber der schwächere bin, ist er es, der mir die ihm gegenüber zu befolgende Taktik gewissermassen diktiert. Da aber sowohl die Stärke wie das Verhalten unserer Gegner wie die eigene Stärke und die Kräfte der Partei einer verschiedenen Beurteilung unterliegen, je nach dem Masse von Einsicht und Wissen, das die einzelnen unter uns haben, oder nach dem Naturell, das sie beherrscht, so liegen Meinungsverschiedenheiten sehr nahe, und sie werden dann besonders sich geltend machen, wenn eine Situation sich verändert hat. Die gegensätzlichen Auffassungen galt es in offenster Aussprache zu klären, die er jederzeit begrüßte; einer Partei ohne Meinungsverschiedenheiten wollte er zu den Botokuden entfliehen, weil er hoffte, dort Opposition zu finden. Ketzerrichterei: "Bei uns gibt es keine Dogmen und folglich keine Ketzerrichterei".

Aber so sehr ihm "vollkommenste Meinungsfreiheit" als "Wesensgrund der Sozialdemokratie" erschien, so wenig machte er aus der Meinungsfreiheit einen Fetisch, dem zuliebe die Partei ruhig Schaden erleiden konnte. Wenn Klagen über Vergewaltigung der Meinungsfreiheit im Herzen unserer Anhänger leicht Wiederhol finden, ist es doch ein böser Trugschluss, zu sagen: Seht, die für die Meinungsfreiheit im Staat den Mund aufreissen, knebeln die Meinungsfreiheit in der Partei! Staat und Partei sind nämlich sehr zweierlei. Der Staat ist eine Zwangsge- meinschaft, in die der Bürger hineingeboren wird, die Partei eine Gesinnungsge- meinschaft, in die der Bürger freiwillig eintritt. Das Staatsleben besteht in dem Widerspiel durchaus entgegengesetzter Anschauungen und Kräfte, das Partei- leben in der Zusammenfassung aller Kräfte in einer Richtung. Bleibt dessen un- achtet Meinungsfreiheit auch in der demokratischen Partei eine Notwendigkeit, so findet sie doch früher ihre Grenzen als im demokratischen Staat. Das empfand auch Bebel, als er in Dresden unmutig ausrief: "Ei der tausend, wenn das Mei- nungsfreiheit ist, dass jeder in jedem Blatt schreiben kann, was er will, ohne Rücksicht auf das Parteiinteresse zu nehmen!", und sehr ernst tat er nach dem Lübecker Parteitag dar: "Auf die Dauer verträgt es keine Partei ohne Schaden und am allerwenigsten die unsere, weil sie Feinde und zwar Todfeinde ringsum hat und ein festes, geschlossenes, einheitliches Handeln für ihre Erfolge und ihre Propaganda bei den Massen eine Lebensnotwendigkeit ist, dass ihre prinzi- piellen und taktischen Grundlagen unausgesetzt in Zweifel gezogen werden, und eine Kritik sich herausbildet, die den Eindruck macht, als werde sie nur geübt aus Freude an der Kritik und ohne Rücksicht auf die Stellung einer nach allen Seiten gleichzeitig kämpfenden Partei". Vor allem aber war ihm eins so selbst- verständlich wie das Atmen, dass nach dem Austrag von Meinungsverschiedenheiten sowie das Handeln in Frage kam, die Minderheit die Beschlüsse der Mehrheit achtete.

Der Versuch gar, die Partei zu spalten, erschien einem Bebel, dessen Herz noch Narben trug von den Bruderkämpfen zwischen Lassalleanern und Eisenachern, als das fluchwürdigste aller Verbrechen, als die Sünde wider den heiligen Geis. Schon die Sonderkonferenzen der "Rechten" und "Linken", die sich, ohne dass auch nur im Traum jemand an die Vorbereitung einer Spaltung gedacht hätte, vor 1914 in der Reichstagsfraktion und auf Parteitag eingebürgert hatten, gingen ihm sehr wider den Strich, aber dafür beseelte ihn auch wieder die feste Zuversicht dass jede Spaltungsabsicht am gesunden Sinn der sozialdemokratischen Massen scheitern werde. Wie kläglich hatten noch alle Abspalter geendet! "Es sind Epi- soden in der Geschichte der Partei", meinte er etwas verächtlich in Magdeburg, "wo ähnliches vorkam. Ich erinnere an Bräuer, der 1875 von der Vereinigung nicht wissen wollte, der aus der Partei ausschied und mit seinem kleinen Häuflein jah- relang unbemerkt wie ein Veilchen am Wege geblüht hat. Kein Hahn hat nach ihm gekräht. Hasselmann versuchte ebenfalls die Partei zu sprengen. Auch Most ver- suchte es. Sie sind aus der Partei hinausgeschoben worden, und die Partei ist weitermarschiert".

So wird auch, trotz des neuesten Spaltungsversuchs, die Partei in ge- schlossener Front weitermarschieren!

Hermann Wendel.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Der neue Reichskabinettsrat trat am Sonntag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers zu seiner ersten Sitzung zusammen. Im Anschluss an eine allgemeinpolitische Aussprache setzte das Reichskabinettsrat die bereits vom vorigen Kabinettsrat in Angriff genommene Arbeit an einem Wirtschaftsprogramm fort. Insbesondere wurde die Schaffung des Wirtschaftsbeirates erörtert, der mit bestimmtem Programm in kurzer Frist eingesetzt werden soll, um in grundlegenden Fragen deutscher Wirtschaftspolitik der Reichsregierung alsbald Vorschläge zu unterbreiten.

SPD. Braunschweig, 10. Okt. (Eig. Drahtb.)

Der Braunschweigische Bezirksvorstand der SPD hat den bisherigen 2. Vorsitzenden der Ortsgruppe Braunschweig, Kämmer, aus der Sozialdemokratie ausgeschlossen. Kämmer hat seine Parteifunktionen dazu missbraucht, eine parteifeindliche Organisation der Seydewitz-Gruppe aufzuziehen und internes Material sowohl an die "Fackel" wie an die bürgerliche Presse gelangen zu lassen. Vor den Mitgliedern leugnete Kämmer das ab. Nach seinem Ausschluss hat er zynisch gestanden, seit Monaten im Dienste der Seydewitz-Rosenfeld Spaltungsarbeit geleistet zu haben. Ausser Kämmer wurden noch drei Mitglieder ausgeschlossen.

SPD. Paris, 10. Oktober (Eig. Drahtb.)

Das neue Reichskabinettsrat wird in der Pariser Presse verschieden beurteilt. Der "Temps" spricht sich sehr wohlwollend aus und erklärt, das Wichtigste sei für den Augenblick, dass Brüning die Leitung der Geschäfte behalte und dass damit die Bildung eines ausgesprochenen Rechtskabinetts unter der Kontrolle Hugenburgs vermieden sei. Mit dem gegenwärtigen Reichskanzler habe man wenigstens das Gefühl, dass die Tür für jedes brutale Abenteuer geschlossen sei und Möglichkeiten für eine Politik der Zusammenarbeit mit Frankreich beständen, die den Vorteil haben, eine günstige Atmosphäre für eine Entspannung, wenn nicht eine Verständigung zu schaffen. Die Persönlichkeit des Reichskanzlers genüge, um die politische Lage in Berlin zu kennzeichnen. Ausser ihm zähle nur noch in gewissem Masse General Groener.

Der "Intransigeant" stellt fest, dass die Zusammensetzung des Kabinetts ein deutliches Gleiten in der Richtung auf Hitler bedeute. Die Zeitung äussert sich dann sehr ungünstig über Groener und schliesst mit der Erklärung, dass, wenn man sich in Frankreich Illusionen über ein Deutschland machen wolle, das friedlich bleibe, weil es republikanisch sei, man sich Seifenblasen vormache, die den Franzosen auf der Nase platzen würden.

SPD. Genf, 10. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die französische Regierung hat dem Völkerbundssekretariat jetzt ihre Rüstungsangaben unterbreitet. Sie sind, soweit die Landarmee in Frage kommt, derart undurchsichtig gehalten, dass ihre Ziffern nur Annäherungswerte darstellen.

Die Stärke der Landarmee einschliesslich der Kolonialtruppen wird auf rund 490 000 Mann und 28 000 Offiziere, die der Marine auf 67 000 Mann und 4400 Offiziere und die der Luftwaffe auf 42 600 Mann beziffert. Die Angabe von Ziffern mit militärisch organisierten Kräften wird als unmöglich bezeichnet, solange die Abrüstungskonferenz keine genauen Definitionen dafür gegeben habe. Ihre Stärke hänge von den Bedürfnissen ab. Für Land- und Lufttruppen gelte eine Dienstzeit von 12 Monaten mit zwei Reserveübungen bis zur Gesamtdauer von 70 Tagen. Die Marine habe eine gesetzliche Dienstzeit von 5 Jahren, doch

würden die Matrosen nach 2 Jahren im allgemeinen beurlaubt. Eine Gesetzesnovelle sehe die Begrenzung der Marinedienstzeit auf 2 Jahre vor.

Die Flotte wird angegeben mit 9 Linienschiffen von zusammen 185 925 to, 12 grossen Kreuzern von zusammen 124 424 to, 11 kleinen Kreuzern mit 64 527 to, 31 Zerstörern mit 73 604 to, 61 Torpedobooten mit 60 102 to, 110 U-Booten mit 97 875 to. und 21 Spezialschiffen mit 28 644 to, also einer Gesamttonnenstärke von 635 101 to. Darin sind 1 Linienschiff und 2 leichte Kreuzer des Bauprogramms 1931 noch nicht enthalten. Die gesamte Luftflotte besteht aus 2395 Kriegsflugzeugen und 3 Lenkluftschiffen. Für die Landarmee werden 8,65 Milliarden Frank, für die Flotte 3 Milliarden und für die Luftwaffe 2,1 Milliarden Frank ausgegeben, sodass Frankreich jährlich 13,8 Milliarden Frank oder rund 2,3 Milliarden Reichsmark für seine Rüstungen verbraucht.

SPD. Am Sonnabend tagten in Berlin der Parteivorstand und der Reichsausschuss der Deutschen Volkspartei. Es kam wiederholt zu stürmischen Auseinandersetzungen zwischen der Mehrheit und Minderheit. Die Mehrheit nahm schliesslich folgende Resolution an :

"Parteivorstand und Reichsausschuss der Deutschen Volkspartei billigen die Erklärungen, die der Parteiführer gegenüber dem Herrn Reichskanzler abgegeben hat."

Die Erklärungen Dingeldeys gingen dahin, dass die Deutsche Volkspartei ein neues Reichskabinett auf der Grundlage der früheren Regierung Brüning nicht unterstützen könne. Sie sind hauptsächlich zurückzuführen auf die sechs rheinisch-westfälischen Wahlkreise der Deutschen Volkspartei, die bereits vor mehreren Tagen durch den früheren volksparteilichen Reichstagsabgeordneten von Gilsa entsprechende Vorstellungen bei Dingeldey haben erheben lassen. Sie fordern nicht nur den Verzicht der Volkspartei auf jede weitere Unterstützung der Regierung Brüning sondern die Bildung einer Reichsregierung mit Nationalsozialisten und Deutschnationalen. Der Druck der rheinisch-westfälischen Wahlkreise der Volkspartei auf die Parteileitung zeigt deutlich, wer heute die Politik dieser Partei bestimmt. Sie ist die Gefangene der Schwerindustrie und nur lebensfähig, wenn sie ihren Zieldient, wenn sie mit Hitler und Hugenberg zum Sturm gegen die Gewerkschaften und die Sozialpolitik bläst. Aus dieser Sachlage ergibt sich auch die Haltung der volksparteilichen Reichstagsfraktion bei der Abstimmung über die gegen das Kabinett Brüning vorliegenden Misstrauensanträge. Die Fraktion wird nicht geschlossen gegen die Regierung stimmen. Aber mindestens Zweidrittel der volksparteilichen Abgeordneten, also etwa zwanzig, dürften sich auf die Seite der vereinten Reaktion um Hugenberg und Hitler schlagen und für das Misstrauen stimmen. Der Rest dürfte sich der Stimme enthalten.

Die volksparteiliche Reichstagsfraktion hielt am Sonnabend-Abend eine mehrstündige Sitzung ab. Der einzige Punkt der Tagesordnung bildete die Beratung der politischen Lage.

SPD. Genf, 10. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Beziehungen zwischen China und Japan haben sich am Sonnabend in über raschender Weise zugespitzt. Die chinesische Regierung hat in Tokio nach den in Genf eingetroffenen telegraphischen Nachrichten ein Ultimatum überreichen lassen, in dem sie die Räumung der noch besetzten Städte in der Mandschurei ab Sonntag verlangt.

Dem Völkerbundssekretariat wurde von der chinesischen Regierung am Sonnabend telegraphisch mitgeteilt, dass China am 6. Oktober bereits eine Note in Tokio habe überreichen lassen, in der unter Berufung auf die Beschlüsse des

Völkerbundsrats der Beginn der Räumung der noch besetzten Städte gefordert wurde. Auf diese Note sei bisher eine Antwort nicht erteilt worden. Deshalb sei am Sonnabend in Tokio eine zweite Note überreicht worden, in der verlangt werde, dass die Städte sofort an die chinesischen Behörden zu übergeben seien, da China sich verpflichtet habe, die Sicherheit der japanischen Einwohner und des japanischen Eigentums zu garantieren. Da wiederum keine Antwort erteilt worden sei, habe der chinesische Geschäftsträger in Tokio den Auftrag erhalten, von Japan zu fordern, dass die Städte unbedingt ab Sonntag übergeben werden müssten.

SPD. Der Berliner Polizeipräsident hat am Sonnabend auf Grund der letzten Notverordnung des Reichspräsidenten sämtliche Berliner Nazi-Kasernen schließen lassen. Ausserdem hat er die Schliessung mehrerer Nazi-Lokale in der Zeit von 18 Uhr abends bis 6 Uhr morgens angeordnet.

SPD. Paris, 10. Oktober (Eig. Drahtb.)
Die "Liberté" meldet, es sei noch nicht sicher, ob Briand an der für kommenden Dienstag einberufenen ausserordentlichen Sitzung des Völkerbundsrates zur Regelung des chinesisch-japanischen Konfliktes teilnehmen wird. Der Aussenminister sei zwar bereit, mit seiner hohen Autorität die Beschlüsse des Völkerbundsrates zu stützen, aber er könne dies nur tun, wenn die Umstände es erforderten. Es sei wahrscheinlich, dass die Dienstag-Sitzung nur eine reine Formensache sei, in der die verschiedenen Berichte der Botschafter und Militärattachés über die Vorgänge in China geprüft und geordnet würden. Beschlüsse werden dann erst in einer späteren Sitzung gefasst werden.

SPD. Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei hat am Sonnabend beschlossen, Abänderungsanträge von grundsätzlicher Bedeutung zur Notverordnung zu stellen. Von dem Schicksal dieser Anträge wird die endgültige Stellungnahme der Reichstagsfraktion zu der Notverordnung abhängen. Die formulierten Anträge werden am Montag im Reichstag vorliegen und der Presse übergeben werden.

Der Reichspostminister Dr. Schätzkel hat sich zum Eintritt in die Reichsregierung unter der Voraussetzung bereit erklärt, dass die grundsätzlichen Belange der Bayerischen Volkspartei von der Reichsregierung gewahrt werden.

SPD. Wien, 10. Oktober (Eig. Drahtb.)
Auf Verlangen der ungarischen Behörden wurde am Sonnabend in Wien der ungarische Kaufmann Matuschka unter dem Verdacht, das Eisenbahnattentat von Biatorbagy am 13. September verübt zu haben, verhaftet. Matuschka bestreitet nicht, dass er Ende Juli 10 Kilogramm Ekrasit gekauft hat, behauptet aber, den Sprengstoff wieder weggeworfen zu haben.

Die "Wiener Arbeiterzeitung" hat festgestellt, dass Matuschka nicht, wie die ungarische Regierung von dem Attentäter behauptet, Kommunist sondern ein ausgesprochener Klerikaler ist, der bisher stets mit seiner katholischen Religion geprunkt habe. Allerdings gelte er als problematische Existenz. Er gebe an, früher ungarischer Offizier gewesen zu sein.

SPD. Hitler weilte am Sonnabend in Begleitung des Nazi-Abgeordneten Goehring annähernd eine Stunde beim Reichspräsidenten. Er hielt dem Reichspräsidenten einen längeren Vortrag über das "Programm" der Nazis und die Bereitschaft der Nazis zur praktischen Mitarbeit in der Regierung. Der Reichspräsident richtete an Hitler im Verlauf des Gesprächs die Frage, warum die "nationale Front" so scharf gegen Brüning anstürme und weshalb die Nationalsozialisten ebenfalls die Mitarbeit mit Brüning ablehnten. Hitler, dessen Ausführungen sehr gemässigt waren, antwortete ausweichend. Alles in allem ging das Gespräch aus wie das Hornberger Schiessen.

SPD. Mannheim, 10. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der von der Sozialdemokratie zur KPD übergetretene Pfarrer Eckert ist von der badischen Kirchenregierung mit sofortiger Wirkung seines Amtes entoben worden. Die Amtsenthebung wird damit begründet, dass es mit dem Amt eines im aktiven Dienst der evangelischen Landeskirche stehenden Geistlichen unvereinbar sei, als agitatorisches Mitglied einer Partei anzugehören, die jegliche Art von Religiosität - vor allem dem Christentum und den es vertretenden Kirchen - den schärfsten Kampf angesagt habe.

SPD. Dieser Tage hat in Berlin im Hotel Kaiserhof zur Vorbereitung der Harzburger Tagung des Blocks der nationalen Heuchelei eine Konferenz stattgefunden, in der von Schwerindustriellen gesagt worden ist :

"Es handelt sich um einen Kampf mit klaren Fronten zwischen der nationalen Opposition auf der einen und den vereinigten Gewerkschaften auf der anderen Seite."

Dazu schreibt das Organ der christlichen Gewerkschaften "Der Deutsche": "Kampf den Gewerkschaften, das ist die Parole! Das heisst aber praktisch, Kampf den Arbeitern und Angestellten, Kampf ihrem Arbeitsrecht, ihrem Arbeits-einkommen, ihrer Arbeitszeit, ihrer Sozialversicherung: Kampf dem wirtschafts- und staatspolitischen Einfluss der Arbeitnehmer. Freiheit wird für die "Wirtschaft" verlangt. Knechtung für die Arbeitnehmer erstrebt. Die sonst so sehr über Kapitalmangel klagenden Arbeitgeber haben ganz ausserordentliche Geld-mittel aufgewandt, um dieses Ziel zu erreichen. Sie wollen wieder wie ehemals herrschen. Wie sie pfeifen, sollen selbst die Minister tanzen oder fliegen. Durch Geld wurde die deutsche Presse verseucht, durch Geld wurde ein Heer von eifernden und geifernden Syndizis gewonnen, durch Geld wurde die Wissenschaft in Versuchung geführt, durch Geld gelbe Werkvereine unterstützt, durch Geld wurden die Ideale mancher Wehrverbände vergiftet, durch Geld wurden politische Parteien beeinflusst. Auch die Hitlerpartei hat von der Industrie Geld erhalten. Ihre Organe haben nicht nur einen scharfen Kampf gegen die Gewerkschaften geführt, sondern stellenweise, genau wie die Arbeitgeber, vom "ungenügenden Lohnabbau" geschrieben. Diese Tatsachen setzen wir mit der obigen Meldung in Verbindung. Hier muss Klarheit herrschen. Das Wort von den klaren Fronten nehmen wir auf. Wir wollen wissen, wer von uns als Freund und wer als Feind der Arbeitnehmer anzusprechen ist. Diese Klarheit wünschen wir auch von Adolf Hitler zu erlangen. Wir fragen ihn deshalb in aller Öffentlichkeit im Angesicht der Harzburger Tagung :

1. Herr Hitler, haben Sie schwerindustriellen Führern die Erklärung abgegeben, dass Sie mit Ihrer Partei gegen Gewerkschaften und gegen Tarifverträge sind? 2. Haben Sie die Absicht, gemeinsam mit Herrn Hugenberg nach den Rezepten von Hartz und Bang die deutsche Sozialversicherung zu zerschlagen? 3. Halten Sie es mit den Pflichten einer Arbeiterpartei für vereinbar, wenn diese sich von sozialreaktionären Arbeitgebern mit Geld unterstützen lässt?"

Diese Fragen stellen heisst sie bejahen. Wenn Hitler nicht gegen die Gewerkschaften, gegen Tarifverträge und gegen die Sozialversicherung wäre, dann würde er im Kreise der vereinten Reaktion in Harzburg auch nicht einen Augenblick geduldet worden sein. Die klare Front, die "Der Deutsche" fordert, ist also gegeben: Auf der einen Seite der Block der Reaktion mit Hitler als Haupttrumpf, auf der anderen Seite der Block der kampfentschlossenen Gewerkschaften. Wann werden die christlichen Gewerkschaften daraus die Konsequenzen ziehen und gegen ihre Nazimitglieder vorgehen?

SPD. Riga, 10. Oktober (Eig. Drahtb.)

Von 32 im Hafen von Leningrad liegenden deutschen Schiffen ist das Personal in den Streik getreten. Der Ausstand wird von russischen Kommunisten in jeder Weise geschürt. Er soll auf die falsche Mitteilung zurückzuführen sein, dass auch in Deutschland ein grosser Teil des Schifffahrtspersonals streike.

SPD. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat sich am Sonnabend-Abend dem Beschluss des Reichsausschusses der Volkspartei angeschlossen. Die Mehrheit der Fraktion wird im Reichstag gegen die Regierung stimmen.

SPD. Koblenz, 10. Oktober (Eig. Drahtb.)

In Koblenz ist die Staatsanwaltschaft einem Riesenbetrugskandal, an dem etwa 50 Beamte der Reichsbahn beteiligt sind, auf die Spur gekommen. Es sollen falsche Rechnungen ausgestellt worden sein, in denen für nicht geleistete Dienste hohe Beträge eingesetzt wurden, die dann von den Beteiligten bei der Rechnungsstellen eingezogen wurden. Die Durchstechungen sind zum Teil verjährt. Der beteiligte Spediteur ist vorläufig verhaftet worden.

SPD. Zwickau, 10. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Bezirk Zwickau/Plauen (Südwestsachsen) der Sozialdemokratischen Partei ist das von der Spaltungsaktion der Seydewitz und Rosenfeld am meisten betroffene Gebiet. Hier hat Seydewitz elf Jahre lang gewirkt, hier war er Bezirksvorsitzender und Chefredakteur des "Sächsischen Volksblattes" in Zwickau. Trotzdem ist das Ergebnis der Agitation für die Spaltung erstaunlich gering. Der Parteibezirk weist von Norden nach Süden die folgenden Hauptorte auf: Crimmitschau, Werdau, Zwickau, nach der vogtländischen Seite hin Reichenbach und Plauen, nach dem Erzgebirge hin Aue, Schwarzenberg und Johanngeorgenstadt. Alle diese Zentren des Parteilebens sind durchweg in der Hand der Sozialdemokratischen Partei geblieben. Crimmitschau, Werdau, Reichenbach, Aue, Schwarzenberg, Johanngeorgenstadt fast vollständig, in Zwickau und Plauen werden sich Minderheiten der Ortsvereine zur neuen Partei stellen. Die vorläufig festzustellenden Absplitterungen betragen hier aber höchstens 10 - 20%. Die Seydewitz-Gruppe behauptet dennoch, dass ihr bei den Gründungsversammlungen tausende Personen begeistert zugestimmt hätten. Weiter seien dreissig Ortsgruppen im Bezirk völlig zu ihnen übergetreten. Das Schwindelhafte dieser Meldungen liegt auf der Hand. Natürlich waren die Gründungsversammlungen stark besucht und natürlich fanden die Beschimpfungen der Sozialdemokratie beifällige Aufnahme. Aber diese Versammlungen waren nicht nur von den aus allen Ortsgruppen zusammengezogenen Seydewitz-Anhängern, sondern auch in

organisierter Weise von der KPD besucht. Was tatsächlich an Mitgliedern dabei für die Spalter herausgesprungen ist, steht auf einem andern Blatt. Was die dreissig Ortsgruppen betrifft, die die SAP im hiesigen Bezirk gewonnen zu haben behauptet, so ist die Zahl völlig unkontrollierbar. Ortsgruppen, die aus der Sozialdemokratischen Partei auf offiziellen Beschluss geschlossen ausgetreten sind, gibt es im ganzen Bezirk noch kein halbes Dutzend, und überdies handelt es sich bei diesen Ortsgruppen um Parteivereine, die zusammen noch nicht hundert Mitglieder zählen.

Der Parteibeirk Zwickau/Plauen war zweifellos zunächst von allen Bezirken am stärksten gefährdet; die Siegesnachrichten, die die Spalter aber geflissentlich verbreitet, treffen nicht im allerentferntesten zu. Vielmehr kann heute schon als feststehend verzeichnet werden, dass bei aller Sympathie, die die von Seydewitz empfohlene Ablehnung der Tolerierungspolitik schliesslich hier und dort gefunden hat, sein Spaltungsvorgehen von der grossen Masse der Funktionäre und aktiven Parteimitglieder auf hartnäckige und entschiedene Ablehnung stösst. Als äusserer Beweis dafür kann gelten, dass nur drei oder vier von den mehreren hundert im Bezirk vorhandenen Vertretern der Partei in Gemeindegörperschaften den Weg zu den Spaltern gefunden haben.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Vor 40 Jahren: Erfurt!

Zur Erinnerung an den Parteitag von Erfurt am 14. Oktober 1891 - Vom "Kommunistischen Manifest" bis zum Heidelberger Programm.

SPD. Am 14. Oktober 1891 begann im Kaisersaal in Erfurt jener denkwürdige Parteitag der Sozialdemokratie, der das "Erfurter Programm" als Dokument sozialistischen Schöpferwillens der aufhorchenden und beunruhigten kapitalistischen Welt gleichsam als Fehdehandschuh ins Gesicht warf..... Aus der verfolgten und verfeimten Gemeinschaft der "vaterlandslosen Gesellen" war eine mächtige, ungestüm vorwärtsdrängende Partei geworden, deren Wirken stärkste internationale Beachtung fand.

Liebknachts prophetische Worte.

Gegen 7½ Uhr abends eröffnet Paul Singer, stürmisch begrüsst, die Verhandlungen des historischen Parteitages. In seiner mitreissenden Ansprache erklärt er u.a. "Wichtige Aufgaben stehen dem Parteitag vor..... Mögen unsre Gegner mit Waffen kämpfen, mit welchen sie wollen -, an unserer Einigkeit, an unserm Gefühl der Zusammengehörigkeit, an dem Bewusstsein, welches die Ausgebeuteten aller Länder zusammenhält, werden ihre Hoffnungen kläglichen Schiffbruch erleiden."

Am 21. Oktober berät der Erfurter Parteitag den Programmentwurf der sogenannten 2ler Kommission. Wilhelm Liebknecht, der ewige Feuerkopf, ist ihr Berichterstatter. In seinem Referat sagt er u.a.: "...Heute ist ein Gedenktag für uns. Es ist der 21. Oktober, an dem vor 13 Jahren jenes Gesetz erlassen wurde, das unsere Partei erwürgen sollte. Damals schöpften wir Kraft zum Kampfe in dem Prinzip, das uns beseelte, wenn es auch in einem Programm formuliert war, welches nicht in allen Punkten auf der Höhe der Zeit stand. Das alte Programm hat uns gute Dienste geleistet. Ehrfurchtswoll betrachten wir es. Seine Mängel haben wir in dem neuen Programm zu vermeiden gesucht. Kämpfen wir weiter unter dem neuen Banner, setzen wir die ganze Kraft der Persönlichkeit ein für die Verwirklichung unserer Ziele. Je mehr sich unsere Macht entfaltet, desto rascher werden wir die heutige Gesellschaft niederwerfen und das siegreiche Banner der Sozialdemokratie auf der heutigen Gesellschaft aufpflanzen." Der Entwurf selbst wird einstimmig, en bloc und ohne Diskussion angenommen.

40 Jahre Vormarsch!

Der Programmentwurf der 2ler Kommission beginnt folgendermassen: "Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergange des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismässig kleinen Zahl von Kapitalisten und Grossgrundbesitzern werden." Wenn man die einzelnen Forderungen und programmatischen Formulierungen des Erfurter Programms prüft, so erkennt man, was doch, trotz aller Rückschläge und trotz aller augenblicklichen Not sich die organisierte Arbeiterschaft im harten, unermüdlichen Kampf der vergangenen Jahrzehnte erobert hat. Da heisst es unter I.: "Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen....." Unter V. wird gefordert: "Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Beziehung dem Manne

unterordnen." Zum Schutze der Arbeiterklasse verlangte die Sozialdemokratische Partei den Achtstundentag, Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren; Verbot der nur ausnahmsweise zulässigen Nacharbeit, eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter, Verbot des Trucksystems.

Das "Kommunistische Manifest".

Grundlage aller sozialistischen Arbeit war das "Kommunistische Manifest" von dem Karl Marx und Friedrich Engels, seine Verfasser, am 24. Juni 1848 schreiben: "Der "Bund der Kommunisten", eine internationale Arbeiterverbindung die unter den damaligen Verhältnissen selbstredend nur eine geheime sein konnte, beauftragte auf den in London im November 1847 abgehaltenen Kongresse die Unterzeichneten mit der Abfassung eines für die Öffentlichkeit bestimmten, ausführlichen theoretischen und praktischen Parteiprogramms..... Wie sehr sie auch die Verhältnisse in den letzten 25 Jahren geändert haben, die in diesem Manifest entwickelten allgemeinen Grundsätze behalten im ganzen und grossen auch heute noch ihre volle Richtigkeit".

"Stände nur Marx noch neben mir,..."

Am 28. Juni 1883 schreibt Friedrich Engels das neue Vorwort zum "Kommunistischen Manifest". Er beginnt: "Das Vorwort zur gegenwärtigen Ausgabe muss ich leider allein unterschreiben. Marx, der Mann, dem die gesamte Arbeiterklasse Europas und Amerikas mehr verdankt als irgendeinem andern - Marx ruht auf dem Friedhof zu Highgate, und über seinem Grab wächst bereits das erste Gras.....". Und am 1. Mai 1890 schreibt Friedrich Engels u.a.: "....Proletarier aller Länder vereinigt Euch!" Nur wenige Stimmen antworteten, als wir diese Worte in die Welt hinausriefen vor nunmehr 42 Jahren, am Vorabend der ersten Pariser Revolution, worin das Proletariat mit eigenen Ansprüchen hervortrat.....Denn heute, wo ich diese Zeilen schreibe, hält das europäische und amerikanische Proletariat Heerschau über seine zum ersten Mal mobil gemachten Streitkräfte..... Stände nur Marx noch neben mir, dies mit eigenen Augen zusehen!"

Görlitz und Heidelberg.

Am 23. September 1921 beschloss der Görlitzer Parteitag fast einstimmig das neue Parteiprogramm. In seinem Kommentar hierzu sagte der Chefredakteur des "Vorwärts", Friedrich Stauffer u.a.".....die Gegenwartsforderungen des Görlitzer Programms gelten für ein Stadium der Entwicklung, das nicht vor dem Uebergangsstadium liegt, sondern vielmehr schon selber dieses Uebergangsstadium darstellt. Nach ihrer Verwirklichung wäre Deutschland nicht mehr bloss eine Demokratie mit einer gut ausgebauten Arbeiterschutzgesetzgebung, sondern ein Staatswesen, in dem der Sozialismus bereits kräftig Wurzel geschlagen hat....."

Und dann beschlossen am 18. September 1925 die Delegierten des Sozialdemokratischen Parteitages in Heidelberg das "Heidelberger Programm". Paul Kampfmeyer berichtet darüber: "Der 18. September 1925 ist ein denkwürdiger Tag in der sturmbewegten Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. An diesem Tage nahm der sozialdemokratische Parteikongress in Heidelberg das neue sozialdemokratische Parteiprogramm an, das nun wie eine neue Sturmflagge allen grossen kommenden Kämpfen der geeinten Partei sieghaft voranleuchten soll.... Das neue Heidelberger Programm steht auf den Schultern des Erfurter und Görlitzer Programms....." = den denkwürdigen Wegweisern zum hohen Ziel: dem Sozialismus.

◆ ◆ ◆
Ein Zigeunertheater! Das erste Zigeunertheater der Welt wird demnächst in Kaschau (Ungarn) eröffnet werden. Es soll ausschliesslich Zigeunerdramen durch Zigeunerschauspieler aufführen.

+

+

+

Heirat im Gefängnis. Eine junge Lehrerin aus angesehenener römischer Familie heiratete im Gefängnis von Turin einen zu vielen Jahren Kerker verurteilten Gutsverwalter namens Cavalitto - ihre Hoffnung ist, dass Cavalitto vielleicht trotz seiner hohen Strafe begnadigt werden wird. Als die Lehrerin Cavalitto kennen und lieben lernte, war ihr von seinem Vorleben nichts bekannt. Sie wusste nicht, dass Cavalitto als Kommunalsekretär einer kleinen Stadt vor mehr als 20 Jahren, blutjung noch, grosse Betrügereien an der Stadtkasse begangen hatte und deshalb zu 13 Jahren Gefängnis verurteilt worden war. Cavalitto gelang damals die Flucht; er lebte seitdem unter anderem Namen; mit der grösseren Reife wurde er ein ordentlicher Mensch, der seine Jugendsünde bereute. Es gelang ihm, sich eine neue Existenz zu schaffen: in den letzten Jahren war er Verwalter auf einem Landgut. Dort war es auch, wo er die junge Lehrerin kennen lernte, die sich in den um 20 Jahre Älteren verliebte. Aber wegen dieser Liebesbeziehungen und der häufigen Besuche der Lehrerin wurde er entlassen. Er hatte ihr die Heirat versprochen, er wollte sein Versprechen halten. Cavalitto wusste jedoch nicht, wie er den standesamtlichen Akt vollziehen sollte, ohne seine Vergangenheit zu verraten. In seiner Verzweiflung floh er wieder. Die Braut und ihre Familie taten alles, um ihn aufzufinden. Das Glück, das sie bei diesem Bemühen hatten, war sein Unglück: in Turin wurde Cavalitto als der vor 20 Jahren geflüchtete Kommunalsekretär erkannt und verhaftet. Alle Besserung zweier Jahrzehnte nützte nichts. Es wurde dekretiert, dass Cavalitto die vor Jahren verfügte Strafe abzubüssen habe. Die junge Lehrerin liess trotzdem nicht von ihm ab. Sie heiratete ihn im Gefängnis. Es war eine traurige Hochzeit, aber ein Triumph der grossen Liebe.

+ + +
Zuchthaus für Reichsbeamte! Vier der Veruntreuung von 350 000 Mark angeklagte Beamte des "Reichsamts für Landesaufnahme" in Berlin wurden vom Schöffengericht Berlin-Mitte zu Zuchthaus verurteilt. Der Verwaltungsamtmann Wolff erhielt 4 1/2 Jahre Zuchthaus, Regierungsinspektor Blum 3 Jahre Zuchthaus, Regierungsobersekretär Baer 2 Jahre Zuchthaus, Regierungssekretär Wendt 2 Jahre Zuchthaus. Ausserdem wurde auf Ehrverlust erkannt. Die Angeklagten beteuerten bis zuletzt ihre Unschuld und baten um Freispruch.

+ + +
Riesenprozess um § 218. Am 14. Oktober beginnt vor dem Schwurgericht in Krefeld ein sich über mehrere Tage erstreckender Prozess gegen den Krefelder praktischen Arzt Dr. med. Herbert Selo. Die Anklage lautet auf vielfaches Vergehen gegen den § 218. Das Ermittlungsverfahren dauerte ein ganzes Jahr lang; zweimal war Dr. Selo in Untersuchungshaft. Im zweiten Fall erfolgte die Entlassung erst nach einem zwölf-tägigen Hungerstreik des Angeklagten. Der Untersuchungsrichter führte das Ermittlungsverfahren mit aussergewöhnlicher Schärfe durch: die Karthothek des Angeklagten wurde beschlagnahmt, ebenso nahm das Gericht Einsicht in die beim Aerzteverein Krefeld und bei den zuständigen Krankenkassen geführten Aufzeichnungen über die von Dr. Selo in den letzten drei Jahren durchgeführten Behandlungen und schliesslich wurden Selos Telefongespräche und Praxisräume überwacht. Mehrere Frauen, von denen das Gericht glaubte, dass Dr. Selo Abtreibungen bei ihnen vorgenommen habe, wurden zeitweilig in Haft genommen. Das vom Gericht zusammengebrachte Material ist sehr umfangreich. Trotzdem hat der Angeklagte nur eine Woche Frist zur Erklärung auf die Anklageschrift erhalten. Ein Antrag der Verteidiger auf Verlängerung der Erklärungsfrist wurde vom Gericht abgelehnt.

+ + +
13 000 Lehrer ohne Geld! In Chikago haben 13 000 Schullehrer seit dem 1. April kein Gehalt mehr bekommen. Bei der katastrophalen Finanzlage der Stadt besteht vorläufig keinerlei Aussicht auf Aenderung dieses Zustandes.

Wirtschaft Technik Handel

Börsen beben.

SPD. An den internationalen Börsen drängen sich Ereignisse, die an die nervösesten Zeiten der Berliner Börse erinnern. Selbst die zweifellos noch stärkste aller Weltbörsen, die Börse von New York, hat von Tag zu Tag wechselnde Tendenz aufzuweisen. Die Industriepapiere zeigen Tiefkurse, wie sie noch nie zu verzeichnen waren. Die amerikanischen Börsenvermögen haben sich halbiert, haben in vielen Fällen mehr als zu zwei Dritteln verloren. An den in New York gehandelten deutschen Obligationen und Reichsanleihen vollziehen sich Schwankungen, die deutlich die grosse Unsicherheit der amerikanischen Finanzwelt und der amerikanischen Spekulation erkennen lassen.

Noch übler sieht es in London aus. Aengstlich verfolgt man die Bewegung des Pfundkurs, insbesondere die englischen Staatsanleihen weisen grosse Empfindlichkeit auf. Die Pariser Börse schwankt nicht minder und wäre dort die Baissespekulation nicht scharfen Einschränkungen unterworfen, so würden die Kurssprünge zweifellos noch weit stärker sein, als das bisher der Fall war. An den Schweizer Börsen vollzieht sich ein allmähliches Abgleiten der Kurse an allen Märkten, da offensichtlich laufende Abziehungen ausländischer Guthaben erfolgen und die Schweizer selbst angesichts der undurchsichtigen Währungsergebnisse in den verschiedenen Ländern aus den Papieren in den Schweizer Franken flüchten. Hollands Börsen sind einigermaßen stabil, aber auch hier zeigt sich deutlich die Tendenz zur Schwäche. Die Devisensperre in Lettland, die Rückkehr Jugoslawiens zur Devisen- und Valutenwirtschaft, die fast täglich neuen Bankschwierigkeiten in Paris und vielen kleinen Staaten rund das Bild der noch immer gewaltigen Unsicherheit im Bank- und Börsenwesen ab. Dass die Stockholmer Börse jetzt wieder geöffnet ist, will gar nichts besagen, am wenigstens will das besagen, dass Deutschland seine Börsen wieder öffnen könnte.

Nach langem Hin und Her hat man sich endlich bei uns dazu emporgerafft, den verschiedenen Sonderbörsen mehr oder weniger bedenklicher Art ein Ende zu bereiten. Wie dringend notwendig das war, haben die ununterbrochenen Abzüge an Devisen bei der Reichsbank gezeigt. Hier traten die Wirkungen von ausländischen Verkäufen an den deutschen Schwarzbörsen hervor und die Reichsbank ist in eine Situation hineingetrieben worden, die entweder zu einer Diskonterhöhung oder zu stärksten Einschränkungen in der Kredithergabe führen muss. Beides ist gleich unangenehm. Die in der ersten Oktoberwoche eintretende Verringerung des Kredits der Reichsbank ist dieses Mal kaum in Erscheinung getreten. Nach einer starken Steigerung der Kredite in der letzten Septemberwoche hat sich der von der Reichsbank gegebene Wechselkredit in der ersten Oktoberwoche noch um fast 150 Millionen Mark auf über 3 688 Millionen Mark vermehrt. Die Deckung der Not durch Gold und Deckungsdevisen ist weiter, von 31,2 Prozent Ende September auf 30,1 Prozent gesunken. Das sind alles Erscheinungen, über die man mir nichts dir nichts hinweggehen kann. Wenn die Reichsbank bis jetzt noch keine Entscheidung getroffen hat, bedeutet das nicht, dass sie darüber hinwegkommt. Andererseits wird die Unsicherheit in weiten Kreisen gesteigert.

Bei den starken Devisenverlusten der Reichsbank ist selbstverständlich auch immer noch Kapitalflucht wirksam, die - und das muss immer wieder festgestellt werden - zum Teil mit Reichsbankgeld finanziert wird. Die viel bemerkten Auslandsverkäufe an den deutschen Schwarzbörsen sind ja ein Ding, an

dem unserer Ueberzeugung mehr Deutsche als Ausländer beteiligt sind, und es ist nur zu begrüssen, dass die Reichsbank die grossen Privatbanken zwingen konnte, bis zur Wiedereröffnung der deutschen Börsen keine Verkaufsaufträge in deutschen Effekten für ausländische Kundschaft auszuführen. Die Reichsbank hatte, wenn diesem Wunsche nicht stattgegeben worden wäre, mit dem Erlass einer entsprechenden Notverordnung gedroht. Augenblicklich bemüht sich die Reichsbank darum, den sogenannten Telefonverkehr, den Effektenhandel zwischen den Maklern per Telefon, durch freiwillige Vereinbarung zu unterbinden. Man glaubt, wenn alle diese irregulären Börsen restlos ausgeschaltet sind, die Grundlage für eine Wiedereröffnung der deutschen Börsen zu haben. Man sieht schon die Experimentiererei, aber man weiss, dass damit die Grundlage für einen normalen Börsenverkehr nicht geschaffen werden kann. Notwendig ist hier die völlige Bereinigung in der Wirtschaft. Die scheint mehr als bisher in Gang zu kommen. Im übrigen tun die massgebenden Stellen alles, um die Bereinigung zu hemmen. Die deutsche Wirtschaftspolitik ist ja leider dahin informiert, dass der Besitz höher steht als die Wirtschaft und was man Wirtschaft nennt, ist im Grunde genommen nichts anderes als eine Besitzerhaltung, selbst in Händen von solchen Leuten, die den wirtschaftlichen Aufgaben nicht mehr gewachsen sind

SPD. In Berlin ist vor einiger Zeit die weltbekannte Seidenfirma Cords zusammen gebrochen. Leiter des Unternehmens war ein gewisser Günther Schmidt-Lorenzen, der in Berliner Lebelokalen eine bekannte Erscheinung war und in den rechtsradikalen Organisationen eine grosse Rolle spielte. Schmidt-Lorenzen war einer der Männer, mit dem grossen Portemonnaie.

Der Zusammenbruch der Firma Cords ist überraschend gekommen und es hat nicht an Stimmen gefehlt, die behaupteten, dass der Zusammenbruch in erster Linie auf die liederliche Geschäftsführung Schmidt=Lorenzens zurückzuführen sei. Die ersten Gläubigerversammlungen haben diese Auffassung bestätigt. Man hört Dinge, die man nicht für möglich halten sollte. In erster Linie gilt das für den persönlichen Geldbedarf Schmidt=Lorenzens. Während die Firma Cords schon mit Verlusten in Höhe von einigen Hunderttausend Mark arbeitet, entnimmt Schmidt=Lorenzen dem Geschäft Summen nach Hunderttausenden für persönliche Zwecke. Im Jahre 1926 hatte die Firma Cords einen Verlust von 360 000 Mark. Schmidt=Lorenzen entnahm aber privat den Kassen des Unternehmens 1 320 000 Mark. Im Jahre 1927 wird ein Verlust von 790 000 Mark ausgewiesen. Es war aber noch Geld genug da, um 576 000 Mark an Schmidt=Lorenzen abzuführen. Innerhalb von $4\frac{1}{2}$ Jahren hat Schmidt=Lorenzen Privatentnahmen in Höhe von 3,075 Millionen Mark vorgenommen. Das sind die Leute, die mit ernster Miene predigen, Preussen müsse sich grosshungern. Für sich selbst hat Schmidt=Lorenzen eine sehr grosse Ausnahme gemacht.

Dass die Firma Cords diese Blutabzapfungen nicht aushalten konnte, ist selbstverständlich. So war das Unternehmen denn auch, wie sich jetzt herausstellt, schon im Jahre 1929 pleite. Merkwürdigerweise hat sich eine Treuhandgesellschaft gefunden, die damals das Gegenteil versicherte; aufgrund von Bilanzposten, die nur auf dem Papier standen und nicht verwertet werden konnten, hat man die Gläubiger getäuscht, sodass sie zwei Mal ein Moratorium bewilligten. Man hat dann mit dem Geld der Gläubiger regelrecht geast. Während man schon anfang, den Angestellten und Arbeitern der Firma Cords die Gehälter unregelmässig zu zahlen, wird ein Freund Schmidt=Lorenzens als sogenannter Moratoriumsfachmann mit einem Monatsgehalt von 3 000 Mark eingestellt. Als dann die Sache doch zum Bruch kam, übertrug Schmidt=Lorenzen grosse Vermögensposten auf den Namen seiner Frau und liess Gütertrennung durchführen. Eine ähnliche Schiebung wurde ja mit der Gründung einer Tochtergesellschaft vorgenommen. Herr Schmidt=Lorenzen galt und gilt aber als ein "echter deutscher Mann."

SPD. In welchem Umfang in den Vereinigten Staaten die Kreditinstitute durch die Stockung der Geschäftstätigkeit und besonders durch den Sturz der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse in Mitleidenschaft gezogen sind, ergibt sich aus den ununterbrochenen Meldungen von Schalterschliessungen amerikanischer Banken. Soeben haben 8 kleinere Banken im Staate New York ihre Schalter geschlossen; die Einlagen dieser Institute betragen rund 70 Millionen Mark. Die Franklin Trust Co. von Philadelphia und ihre 4 Untergesellschaften sind zahlungsunfähig geworden; die Einlagen betragen etwa 95 Millionen Dollar. Im Staate Pennsylvania und in anderen westlichen und mittelwestlichen Staaten haben Mitte vergangener Woche 18 kleinere Banken ihren Betrieb stillgelegt. Insgesamt beträgt bis Ende August die Zahl der amerikanischen Banken, die ihre Zahlungen einstellen mussten, seit dem 1. Januar nicht weniger als 1 668. Die Einlagen, die diesen Banken anvertraut worden waren, betragen 1,3 Milliarden Dollar, d.h. mehr als 5½ Milliarden Mark. Die bevorstehende Tagung der Bankiervereinigung wird sich in erster Linie mit der katastrophalen Lage der kleineren Institute befassen.

SPD. Die sinnlose Verteuerung des Benzins in Deutschland verführt die Automobilisten und Kraftfahrer dazu, sich, wenn sie die Grenze passieren, mit dem billigen ausländischen Treibstoff zu versehen. Sie langen gewöhnlich mit vollem Tank in Deutschland an. Dagegen will der Reichsfinanzminister jetzt vorgehen. Er hat angeordnet, dass vom 12. Oktober ab die Freimenge auf 20 Liter begrenzt wird. Auch die Zollbefreiung wird selbstverständlich versagt, wenn die Fahrt ins Ausland nur zum Tanken unternommen worden ist. Aus dem Inland ins Ausland fahrenden Kraftfahrern kann auf Antrag ein Ausweis ausgestellt werden, der sie berechtigt, eine der ausgeführten gleiche Menge Treiböl mit dem Kraftwagen wieder einzuführen. Eine weitere Erleichterung ist für den grossen Reiseverkehr ausländischer Kraftwagen über weitere Strecken vorgesehen.

SPD. In den letzten Tagen sind in der deutschen Bankpolitik zwei wichtige Entscheidungen gefallen. Einmal ist das Abkommen über die Übernahme von Danat Aktien durch die Industrie abgeschlossen worden. Des anderen hat das Reich von der Dresdner Bank die Hälfte der Schatzanweisungen zurückgekauft, die die Reichsregierung zur Stützung der Dresdner Bank im Sommer zur Verfügung stellte. Das bedeutet, dass die Reichsregierung der Dresdner Bank flüssige Mittel im Betrage von 150 Millionen Mark zuleitet.

Bei der Danatbank liegen die Dinge so, dass die Schwer- und Grossindustrie 35 Millionen Mark Aktien der Danatbank zu einem Kurs von 125 Prozent übernimmt. Damit wird die Schwerindustrie, die gerade bei der Danatbank arg verschuldet ist, Grossaktionärin bei der Danat. Und zwar sozusagen kostenlos, denn der Gegenwart der 35 Millionen Mark Aktien soll später bezahlt werden. Vorläufig zahlt das Reich. Wie man hört, hatte die Schwerindustrie Neigung, von dem Abkommen zurückzutreten. Das soll darin begründet sein, dass die Danat gegenwärtig mit grösseren Verlusten arbeitet. Ob die gerüchtweise genannten Verlustsummen stimmen, kann natürlich nicht festgestellt werden. Gut wäre es, wenn die berufenen Kreise sich darüber äussern würden.

Ueber die 300 Millionen Mark Schatzwechseln, die das Reich der Dresdner Bank zur Verfügung stellte, hatte man eine Zeit lang gehört, dass diese Schatzwechsel unberührt in den Tresors der Dresdner Bank lägen. Bei Gelegenheit hat die Dresdner Bank Wert auf diese Feststellung gelegt. In der Zwischenzeit müssen grössere Beträge flüssig gemacht worden sein und zwar über die Akzeptbank, was mit anderen Worten heisst, dass der Kredit der Reichsbank in Anspruch genommen worden ist. Das Reich selbst nimmt die erforderlichen Mittel aus den Gewinnen, die ihm bei der bevorstehenden vermehrten Ausprägung von Silbergeld zufließen.

SPD. Die Qualität der Ernte scheint nach den Berichten des Preussischen Statistischen Landesamtes weniger gut zu sein als im Vorjahre. Es handelt sich hier um eine Qualitätsschätzung, die drei Güteklassen, gut, durchschnittlich und gering, unterscheidet. Winterweizen wird zu 37,6 Prozent gut, 37,5 % durchschnittlich und 24,9 gering geschätzt (1930 = 42,3 bzw. 37 bzw. 20,7), Winterroggen 47,8 gut, 35,3 durchschnittlich und 16,9 gering (37,8 bzw. 37 bzw. 25,2), Sommergerste 37,1 gut, 39,8 durchschnittlich und 23,1 gering (35 bzw. 40,3 bzw. 24,7), und Hafer 35,7 gut, 37,3 durchschnittlich und 27 Prozent gering (28,9 bzw. 36,6 bzw. 34,5).

SPD. Die Berliner Konsumgenossenschaft gibt ihrem Umsatz im September mit 5,464 Millionen Mark an gegenüber 5,764 Millionen Mark im September 1930. Die Mitgliederzahl steigerte sich im ersten Vierteljahr des Geschäftsjahres um rund 4 500 auf 199 945. Bei der Sparkasse ist eine Belebung des Geschäfts festzustellen.

SPD. Nach der Mitteilung des Deutschen Städtetages war Ende September wiederum ein starkes Anwachsen der Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen zu verzeichnen: In den Städten mit mehr als 25 000 Einwohnern wurden am 30. September rund 881 000 von den Arbeitsämtern anerkannte Wohlfahrtserwerbslose festgestellt. Gegenüber dem Vormonat mit 832 000 bedeutet dies eine Steigerung um 49 000 oder 5,9 Prozent. Den 881 000 anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen vom Ende September müssen weitere 17 000 laufend Unterstützte hinzugerechnet werden, deren Anerkennungsverfahren noch schwebt.

Das Bedürfnis nach gemeindlicher Zusatzunterstützung an Empfänger von Arbeitslosen- und Krisenunterstützung ist im Zusammenhang mit den Leistungskürzungen der Reichsanstalt weiter beträchtlich gestiegen. Die Zahl der Zusatzunterstützten wuchs von 112 000 am Ende des Vormonats auf rund 122 000 am Ende September. Von den Zusatzunterstützungsempfängern standen 70 000 oder 57,4 Prozent in der Krisenfürsorge.

SPD. Zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung wird das Projekt erwogen, die Ruhrferngasleitung, die ja bereits bis Hannover geht, bis nach Berlin und evt. auch bis nach Hamburg durchzuführen. Die Arbeitslosenversicherung soll mit zur Finanzierung herangezogen werden.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung je Zentner waggonfrei märkischer Station. Weisse Kartoffel 1,30 - 1,40, rote und Odenwälder Blaue 1,40 - 1,60, andere Gelbfleischige (ausser Nierenkartoffeln) 1,60 - 1,80 Mark. Fabrikkartoffeln 5,50 - 6,50 Pfg. je Stärkeprozent.

SPD. Frankreich und die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben fast gemeinsam ihren Diskontsatz heraufgesetzt. Zwar rechnet man in diesen Ländern immer noch mit einem Zinssatz, der nach unserer Auffassung niedrig, um rund 3 Prozent liegt. Der Satz ist aber für diese Länder hoch genug, dass allgemein betont wird, die Zeit des billigen Krisengeldes sei vorbei.

Der Heraufsetzung des französischen Diskontsatzes ist besonders für das französisch-nordamerikanische Verhältnis äusserst interessant. Jedenfalls wird der französischen Regierung von den Nordamerikanern der Vorwurf gemacht, sie begünstige durch den hohen Diskontsatz den Abzug von Geld aus Nordamerika und ermögliche nordamerikanische Goldverkäufe. Wenn dem so sein sollte - und die Dinge werden in der nordamerikanischen Presse mit einer versteckten Leidenschaft debattiert - so liegen für Frankreich ungefähr folgende Gründe und Ursachen vor:

Infolge der grossen Schwierigkeiten, in die in den letzten Wochen nicht nur kleinere Provinzialbanken Frankreichs, sondern auch zwei der grössten Pariser Banken geraten sind, haben zahlreiche Franzosen, die um die Sicherheit ihres Geldes beunruhigt sind, ihre Einlagen bei Banken ebenso wie in anderen Ländern zurückziehen begonnen. Der Bedarf an Geldmitteln ist infolgedessen im Wachsen. Das ist wichtig, weil schon bisher der Zahlungsmittelumlauf in Frankreich phantastisch gross gewesen ist. Im Laufe des Jahres 1930 stieg der Umlauf an Noten in Frankreich von 68,4 auf über 76,5 Milliarden Franken, d.h. um mehr als 1 Milliarde Mark. Auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet kamen bereit um die Jahreswende in Frankreich mehr als 300 Mark Zahlungsmittel, ein Betrag, der die entsprechende deutsche Ziffer um ein Vielfaches übersteigt. Bei der Bank von Frankreich wird angenommen, dass eine ganz beträchtliche Summe von zahlreichen Franzosen, insbesondere auf dem flachen Lande, gehamstert worden ist, denn ihnen erscheinen die Banknoten, die sie in ihren Schränken verstecken, immer noch sicherer als Einlagen bei einer Bank. In den letzten Wochen ist man nun in Frankreich in stärkerer Masse dazu übergegangen, auch Gold zu hamstern. Dieser Hamsterei sind zwar durch einige Bestimmungen Schranken gesetzt, da die Bank von Frankreich nur grössere Goldbarren im Werte von etwa 35 000 Mark eintauscht. Da es auch in Frankreich wie in den meisten übrigen europäischen Ländern Goldmünzen nicht mehr gibt, interessiert sich das Publikum stark für Goldmünzen anderer Länder; es hat sich bereits ein sehr reger Handel dieser Art entwickelt. Diese Vorgänge bedeuten zwar angesichts des gewaltigen Goldvorrats der Bank von Frankreich keineswegs, dass auch der französische Franken ebenso wie das englische Pfund in absehbarer Zeit den Weg der Inflation gehen müssten. Gleichwohl haben die Dinge eine weittragende internationale Bedeutung. Denn so lange in Frankreich das Vermögen der Bevölkerung in den Banken und Sparkassen organisiert ist, hat die französische Finanz die Mittel, um sich international betätigen zu können. Wenn aber die französische Bevölkerung in noch stärkerer Masse als bisher ihr gesamtes Vermögen vollständig nutzlos in Form von Banknoten oder in Form von Geld bei sich zu Hause aufstapelt, umso geringer werden die Mittel der französischen Banken und umso mehr nimmt ihre internationale Bedeutung naturgemäss ab.

Ohne Zweifel will Frankreich in erster Linie durch die Diskonterhöhung die Einlagen seiner Banken verteidigen. Die Sparguthaben der französischen Bevölkerung sollen nicht in den Strumpf fliessen. Weiter wird selbstverständlich der französischen Bankpolitik die andere Begleiterscheinung der Zinserhöhung, der Abfluss von nordamerikanischem Geld nach Frankreich nicht unangenehm sein.

SPD. Das Reichsfinanzministerium teilt mit, dass die Gerüchte, die Steu-
eramnestie und die Vermögenserklärungen würde allgemein bis zum 15. November
1931 verlängert werden, jeder Grundlage entbehren. Die Frist für die Abgabe de

Vermögenserklärung und die Amnestiefrist (ebenso die Fristen für die Anzeige von ausländischen Familienstiftungen und ausländischen Beteiligungen) enden mit Ablauf des 15. Oktober 1931. Eine weitere allgemeine Verlängerung dieser Fristen ist nicht beabsichtigt. Da jedoch manche Anleihezeichner unter den gegenwärtigen Verhältnissen die benötigten Mittel nicht flüssig machen können, hat die Reichsbahn-Gesellschaft angeordnet, dass die erste Rate auf die Zeichnungsbeträge nicht am Zeichnungstage, sondern erst am 5. Januar 1932 entrichtet zu werden braucht.

Knappes Angebot.

(Berliner Getreidebörse vom 10. Oktober)

SPD. Bei ruhigem Geschäft zeigten sich an der Berliner Produktenbörse am Sonnabend keine wesentlichen Veränderungen. Das Angebot an promptem Weizen war weiter knapp und keineswegs dringlich. Da aber auch die Käufer grösste Zurückhaltung übten, konnten sich die Preise für prompte Ware nicht voll behaupten, Sie gingen um etwa 1 Mark zurück. Am Markte der Zeitgeschäfte kamen gleichfalls nur wenig Geschäfte zustande und die Kurse zeigten nur geringfügige Veränderungen. Das gleiche gilt vom Roggen am Lieferungsmarkt. In prompter Ware war das Roggengeschäft vollkommen leblos und Angebot und Nachfrage waren gleich gering. Es herrschte keinerlei Unternehmungslust. Die Preise für prompte Ware waren ziemlich unverändert. Auch am Mehlmarkt konnte sich kein Geschäft entwickeln. Die Forderungen der Mühlen bewegten sich auf der Höhe des Vortages, jedoch wurden nur die allernotwendigsten Mengen für den laufenden Tagesbedarf gekauft. Hafer hatte stetige Tendenz. Das Angebot war ausreichend, jedoch hielt sich auch hier der Konsum sehr zurück.

	9. Okt.	10. Okt.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	211 - 214	211 - 214
Roggen	184 - 186	184 - 186
Braugerste	159 - 173	159 - 173
Futter- und Industrierogerste	151 - 158	151 - 158
Hafer	139 - 147	139 - 147
Weizenmehl	27,00 - 32,00	27,00 - 32,00
Roggenmehl	26,00 - 28,75	26,00 - 28,75
Weizenkleie	10,20 - 10,40	10,20 - 10,40
Roggenkleie	9,15 - 9,40	9,15 - 9,40

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Oktober 225½-227 (Vortag 226½) Dezember 229-230 Geld (229). Roggen Oktober 196-195½ (196), Dezember 195-195½ Geld (195), Hafer Oktober - (159), Dezember 153 (152).

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 10. Oktober. Die Berliner Notierungskommission bezeichnete die Tendenz als sehr ruhig und setzte die Preise - Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten, - für den Zentner wie folgt fest: I. Qualität 113, II. 103, abfallende Sorten 89 RM.



Die Bauarbeiter hungern.

Trotzdem kein Tarifschutz.

SPD. Die Bauarbeiter gehen einer schweren Zeit entgegen. Es geht ihnen schon jetzt herzlich schlecht, aber es scheint, dass sie den Hungerriemen noch enger schnallen sollen. Der Baumarkt ist so gut wie tot. 60 Prozent der Bauarbeiter sind arbeitslos und bald werden es 90 sein; denn nach der neuen Notverordnung muss man damit rechnen, dass der städtische Wohnungsbau völlig zum Erliegen kommt, während auf der andern Seite in der Krise die Industrie eher Fabriken stilllegt und niederreisst als auf- und umbaut. Zu den Siedlungsbauten aber, vor allem zu der geplanten Siedlung zur Linderung der Arbeitslosennot will man die Bauarbeiter auch nicht heranlassen; hier will lieber mit dem Freiwilligen Arbeitsdienst herumexperimentieren als den hungernden Bauarbeitern eine Erwerbsmöglichkeit geben.

Für diese Notlage der Bauarbeiter hat man im Reichsarbeitsministerium allem Anschein nach wenig Verständnis. Die Legende von den hohen Bauarbeiterlöhnen muss den massgebenden Stellen den Blick getrübt haben, sodass sie die traurige Wirklichkeit, in der sich die Bauarbeiter befinden, gar nicht sehen. Anders ist die Haltung des Ministeriums gegenüber den Bauarbeitern kaum zu erklären. Soeben hat es endgültig eine Allgemeinverbindlicherklärung der Bauarbeiterlöhne abgelehnt. Die vom Minister persönlich gezeichnete Mitteilung der Ablehnung an die Bauarbeiterverbände lautet: "Von der Allgemeinverbindlicherklärung der Bezirks- und Lohntarife des Baugewerbes sehe ich ab, da ich es unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht für angängig erachte, die darin vereinbarten Löhne im Wege staatlichen Zwanges durchzusetzen. Ich bitte, Ihre Unterverbände, deren Anträge ich hierdurch als erledigt betrachte, zu verständigen".

Diese endgültige Absage, den schwer bedrängten Bauarbeitern in ihrem Kampf um die Erhaltung ihres Lohnniveaus beizustehen - eine Aufgabe, die doch vornehmste Pflicht eines Arbeitsministers sein sollte - erscheint in einem besonders eigenartigen Licht, wenn man sich daran erinnert, dass die "vereinbarten Löhne" doch von Persönlichkeiten festgelegt wurden, die der Reichsarbeitsminister selbst mit der Neuregelung der Löhne beauftragte. Das war sowohl in der Spitzenentscheidungsstelle, im Zentralschiedsgericht, der Fall wie auch in den bezirklichen Schiedsgerichten. Der Reichsarbeitsminister weigert sich also, Löhne für allgemein verbindlich zu erklären, die von seinen Beauftragten, den Bezirksschlichtern, für verbindlich erklärt wurden. Der Minister - ein aus den Gewerkschaften hervorgegangener Minister - will nicht die Verantwortung für das übernehmen, was seine Beauftragten festgesetzt haben oder was mit Hilfe seiner Beauftragten vereinbart wurde. Das ist eine Einstellung, die der Förderung der Unternehmer nach "Beweglichkeit der Lohnstarife" bereits sehr weit entgegen kommt.

Dem Reichsarbeitsminister sind die Bauarbeiterlöhne noch immer zu hoch. Nur aus dieser Auffassung heraus kann er seine verhängnisvolle Entscheidung getroffen haben. Das Statistische Reichsamt hat jedoch in seiner kürzlich veröffentlichten revidierten Tariflohnstatistik festgestellt, dass das Gerede von den hohen Bauarbeiterlöhnen wirklich nur ein keres Gerede ist. Nach der erwähnten Statistik, d.h. also nach der Feststellung einer Behörde, die dem

Reichsarbeitsministerium sehr nahe steht, betrug der durchschnittliche Tarif=stundenlohn für Maurer im Juli 1931 113,4 Pfg., für Hauer im Bergbau ebenfalls 113,4, für Tischler 114,4 und für Brauer 122,0 Pfennig. Der Tariflohn der letzten Gruppe ragt also bedeutend über den Tarifdurchschnittslohn des Bau= fache Arbeiters hinaus. Viel schlimmer noch liegen die Dinge, wenn man die vom Statistischen Reichsamt errechneten Jahresdurchschnittseinkommen der Bau= beiter betrachtet. Danach hatte der Baufacharbeiter aus baugewerblicher Arbeit im Jahre 1930 ein tatsächliches Einkommen von 1200 Mark, und das voraussicht=liche Einkommen des Baufacharbeiters im Jahre 1931 beträgt nach dem Statisti= schen Reichsamt 650 Mark - in Worten: sechshundertfünfzig Reichsmark! Noch viel elender sind die Einkommensverhältnisse bei den Bauhilfsarbeitern, die eben = falls von der Verweigerung der Allgemeinverbindlicherklärung der Löhne durch den Reichsarbeitsminister schwer betroffen werden. Ihr tatsächliches Einkommen betrug schon im Jahre 1930 nur 960 Mark; ihr voraussichtliches Einkommen für das Jahr 1931 beträgt nach derselben amtlichen Quelle, die gar keine Ursache hat, die Dinge schwärzer zu malen, als sie sind, rund 500 Mark.

Das sind Jahres=Einkommen! Die Feder sträubt sich, sie niederzuschreiben. Die Vorstellung, dass von diesen "Einkommen" Familien ernährt werden sollen, ist grausig und aufreizend. Sie muss bei jedem nur einigermaßen menschlich empfindenden Menschen Empörung gegen alle Verantwortlichen wachrufen, die noch - auch jetzt noch - mit dazu beitragen, auch noch diese Hungerverdienste zu gefährden. Wo bleibt die Ab= und Umkehr von einer solchen Lohnabbaupolitik, die nicht nur das Volk, sondern die ganze Wirtschaft ins Chaos führt?

SPD. Im Braugewerbe sind bis Ende September für 427 Brauereien mit mehr als 23 000 Beschäftigten 34 Vereinbarungen über Arbeitszeitverkürzung abge= schlossen worden. Das Uebereinkommen für Berlin ist für allgemeinverbindlich erklärt; für andere Vereinbarungen ist die Allgemeinverbindlicherklärung ver= einbart.

Nur noch wenige Bezirke stehen aus, in denen zwar ebenfalls überwiegend verkürzt gearbeitet wird, die Kurzarbeit aber noch nicht durch tarifliche Ver= einbarung festgelegt ist.

SPD. Für die Trikotindustrie in Lübben wurde vom Schlichtungsausschuss in Cottbus ein Schiedsspruch gefällt, wonach das bis zum 30. September gültige Lohnabkommen bis Ende des Jahres weiter in Geltung bleibt. Die Kündigungs= frist beträgt einen Monat.

Die Arbeitgeber hatten einen Abbau der Tariflöhne um 6 Prozent und ei= nen teilweisen Abbau der Akkordsätze um 10 Prozent gefordert. Die Arbeitnehmer hatten die Wiedereinführung des vor dem Lohnabbau bestandenen Tarifvertrags vom 1. November 1928 verlangt.

SPD. Der Verein zur Wahrung der Rheinschiffahrts=Interessen hat an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, die um endliche Auswertung des Gutachtens der Rhein=Kommission bittet. Die Eingabe ist nichts anderes als eine einseiti= ge Unterstützung der Lohnabbaubestrebungen der Rhein=Reeder.

Der Verein bedauert, dass der Lohn durch Schiedsspruch bis zum 31. März 1932 festgelegt ist und eine baldige weitere Angleichung der Lohnkosten durch

die staatliche Schlichtungspolitik unmöglich sei. Nach dieser Klage folgt eine kleine Drohung. Sie lautet: "Es muss erwartet werden, dass der Staat sich mit allem Nachdruck für eine baldige Revision dieses Zustandes im Sinne der notwendigen Lohnangleichung einsetzt." Ist das eine Aufforderung, durch Diktat Schiedsspruch und Lohntarif zu beseitigen?

Die Eingabe versucht im übrigen den Nachweis, dass die von der Rheinkommission als einziger Ausweg aus den schwierigen Verhältnissen empfohlene kartellmässige Bindung unmöglich sei. Diese Bindung ist wegen des internationalen Charakters der Rheinschifffahrt nicht leicht. Deshalb beklagt sich der Verein über - die hohen Steuern, hohen Löhne und hohen Soziallasten. Hier glaubt er den Weg des geringsten Widerstandes gefunden zu haben.

Der Hinweis auf diese Ausgabeposten, die in der deutschen Binnenschifffahrt aus bekantem Gründen höher sein müssen als bei der ausländischen Konkurrenz hat nur den Zweck, den Angriff auf die Löhne der deutschen Rheinschiffer zu unterstützen. Der Verein hält den deutschen Spitzenlohn gegen den niedrigsten holländischen Lohn und erklärt, dass der deutsche Lohn trotz zweimaligen Abbau noch 33 Prozent über dem holländischen liege. Darauf ist nichts anderes zu sagen, als dass die deutschen Rheinschifferlöhne knapp das Existenzminimum erreichen.

Selbstverständlich offenbart der Verein in seiner Eingabe auch sein patriotisches Herz. Er klagt, dass die schwarz=weiss=rote Fahne auf dem Rhein immer seltener werde. Keck verbindet er aber mit dieser Klage zugleich die Forderung, das Schiffsausfuhrverbot aufzuheben, damit die deutschen Schiffe an das Ausland verkauft werden können. Diese Forderung lässt den Schmerz des Vereins über den Rückgang der deutschen Flagge auf dem Rhein etwas merkwürdig erscheinen.

SPD. Unter den sachlichen Abänderungen des Arbeitslosenschutzes durch die neue Notverordnung sind, abgesehen von den bereits mitgeteilten Milderungen, vor allem die Bestimmungen über das Krümpersystem, die Unterstützung durch Sachleistungen und die Erwerbslosensiedlung von besonderem Interesse.

Durch das Krümpersystem soll die Unterstützungszahlung in Fällen abwechselnder Werksbeurlaubung eines Teils der Belegschaft, die einen Monat nicht überschreiten soll, zugelassen werden. Die Unterstützung darf dabei jedoch nicht über die Hälfte des sonst zuständigen Betrages hinausgehen. Dafür kann von einer Wartezeit abgesehen werden. - Nicht unbedenklich ist die neue Bestimmung des § 109 Abs. 2, wonach der Vorstand der Reichsanstalt zu der Anordnung ermächtigt wird, die Arbeitslosenunterstützung allgemein bis zu einem Drittel ihres Betrages in Sachleistungen bestimmter Art zu gewähren. Ueber die Bewertung der Sachleistungen entscheidet endgültig der Arbeitsamtsvorsitzende. Von Belang ist schliesslich eine Aenderung des § 139a, der den Freiwilligen Arbeitsdienst betrifft. Es wird dadurch die Möglichkeit gegeben, die Vergütungen nicht nur zum Erwerb einer Siedlerstelle oder der Errichtung eines Eigentums, sondern auch zu den Kosten einer Siedlerschulung zu verwenden. In diesem Zusammenhang ist auch von Interesse die Bestimmung aus dem IV. Teil der Notverordnung (Wohnungs= und Siedlungswesen), wonach die Arbeiten zur Erschliessung des Geländes und zur Errichtung der notwendigen Baulichkeiten für landwirtschaftliche Siedlungen, Vorstadtkleinsiedlungen und Kleingärtnerreien gemeinnützig und zusätzlich im Sinne des § 139 a sind.

Die beiden Bestimmungen zeigen, dass die Regierung dazu übergehen will, den Freiwilligen Arbeitsdienst in grösserem Umfang in den Dienst der Siedlung zu stellen.